

Eine neue Eingabe der Gewerkschaften.

Der Vorwärts veröffentlicht eine neue Eingabe der Gewerkschaften und Angestelltenverbände an das Reichsernährungsamt. Es wird in dieser Eingabe zunächst auf die bekannte Leistung der landwirtschaftlichen Professoren Bezug genommen und dann auf die Wünche des deutschen Landwirtschaftsrates eingegangen, der eine Erhöhung der Preise für Kartoffeln, Getreide und Zutaten unter Beibehaltung der bisherigen Schlachtpreise verlangt. Es wird dann u. a. gefragt:

Die Organisationen der deutschen Arbeiter und Angestellten müssen gegen die Maßnahmen des Deutschen Landwirtschaftsrates die nachdrücklichste Verwarung erläutern.

Aber auch die Gründige der landwirtschaftlichen Hochschule für die Preisregulation schreien ihnen nicht völlig ziemlich. Sicherlich ist eine andere Preisrelation zwischen Brot und Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Milch und Milchprodukten notwendig. Der Landwirtschaftsrat setzt sich vollauf ein, so wie eine Preisveränderung nicht in der Erhöhung der Getreidepreise, Kartoffeln und Butterkreise gesucht werden muss, sondern in einer entsprechenden höheren Preisregulation der Preise für Butterkreise, Rohrrüben, Rüttelrüben, Brot- und Milchwarenknüppel.

Vor allem widerraten wir auf das dringendste jeder weiteren Prüfung der

Preise für Wintergetreide.

Da kommt die Preisabschaffung von 1 Mrd. im Herbst 1916 wurde der Verzweigung der Arbeiter verboten worden. Die Erwartung, dass der höhere Preis die Winterverzweigung mit Kartoffeln erschließen werde, ist nicht erfüllt worden. Es bleibt nur übrig, die benötigten Kartoffelmengen den Erzeugern zwangsläufig durch Beleidigung zu entziehen und alle Maßnahmen dafür zu treffen, dass die Kartoffeln den Erzeugern reduziert abgenommen werden.

Einheitlichkeit der Preisabschaffung der

Getreidepreise

ist zu unserer Kenntnis gelungen, dass die Abfertigung einen Abgleich zwischen Brot und Butterkreise durch Erhöhung des Getreidepreises um 40 bis 50 M. pro Tonne herbeiführen. Doch wege des butterknüppelwunden Volks abermals den Interessen der Getreideerzeuger opfer. Eine solche Maßnahme würde einmütigste Erwiderung begegnen.

Armeen halten die unterzeichneten Verbände eine erhebliche Herausforderung der

Preise für Schlachtvieh und Fleisch

unter allen Umständen im mehreren

Einheitsrat der

Rücksichtnahme

ist eine Erhöhung der Preise zu vermeiden und eine Höchstbeschränkung ähnlicher Erzeuger- und Fleischmarktpreisen festzulegen.

Den Forderungen der Landwirtschaft nach Arbeitskräften, Zugtieren, Futtermitteln und Düngemitteln stimmen die unterzeichneten Organisationen zu unter der Voraussetzung, dass die Landwirtheit sich nicht weigert, den Arbeitskräften, ohne Unterschied, ob es sich um Deutschtüte, Gefangene, Ausländer und Kolonialarbeiter handelt, einen Lohn zu zahlen, der unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Erwerbsverhältnisse als angemessen zu erachten ist.

In der Frage, wie die Erzeugung von Lebensmitteln auf das zweckmäßige zu fördern sei, erkennen auch die Unterzeichneten in Zwangsmaßregeln keineswegs die geeignete Lösung.

Wohl aber halten sie eine Organisation für möglich und durchführbar, die auf Grund der leidbaren Erfahrungen und im Einvernehmen mit den Vertretern der deutschen Landwirtschaft die Ausbaustufen für die einzelnen Bodenprodukte nach Bundesstaaten, Provinzen und Kreisen aufstellt und die Durchführung der getroffenen Vereinbarungen und Ausschließungen durch das Kriegsamt und die Wirtschaftskämmer überwachen lässt.

Den Selbstbewirtschaftern darf keinesfalls ein erheblich höheres Quantum an Lebensmitteln zum Selbstverbrauch belassen werden, als den übrigen Verbrauchern.

Die Zentralgewalt muß auf das Reich übertragen werden, während die Erhaltung eines

deutschen Staatskommisariats

für Volksernährung von der Abfertigung geliehen wird, den Reichsbüroden keine Wahlstühle auf die unteren Organe der Staatsverwaltung einzurücken. Es bedarf nur der Erörterung, dass jeder deutsche Bundesstaat sich gleichfalls durch eine Sonderorganisation von der reichseinheitlichen Regierung der Kriegsernährung abschließe, um zu erkennen, dass ein solcher Zustand mit dem Wohle des Volkes vereinbar ist.

Am Schluss der Eingabe wird auf die Organisation zur Erhöhung der Nahrungsmittelvorräte in den preußischen Landkreisen eingegangen und erneut die Forderung aufgestellt, dem Kriegsamt die Befugnis zu verleihen, an den Betriebsleuten des Kriegsernährungsamts mitzuwirken, die Durchführung der Verordnungen des Reichsministers zu überwachen und die für die Versorgung der Zivilbevölkerung und des Heeres benötigten Lebensmittel zu beschlagnahmen, zu enteignen und an der Verteilung der selben mitzuwirken.

Die Reform der Nahrungsmittelpreise.

Wie aus untenstehendem Bericht über die letzte Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages hervorgeht, hat sich die Regierung nun endlich entschlossen, ein besseres Verhältnis zwischen den Nahrungsmittelpreisen herzustellen. Die Fleischpreise sollen, wie das in der bekannten Eingabe der Professoren der landwirtschaftlichen Betriebsleute gefordert wurde, herabgesetzt, die Preise für pflanzliche Nahrungsmittel, wie für Getreide und Kartoffeln, heraufgesetzt werden. Doch man das bisherige Verhältnis zwischen Fleischpreisen und Preisen für pflanzliche Produkte bisher gebildet hat, grenzt geradezu an Wahnsinn, und die traurige Lage auf dem Gebiete der Kriegsernährung ist zum Teil eine Folge der Unterlassungsfürsten, die unsere Regierung hier begangen hat.

Während der Kriegszeit ist dann immer wieder von Vertretern der Konsumenten gefordert worden, dass wirksame Maßnahmen von der Regierung ergriffen würden, um die Bevölkerung von Nahrungsmitteln zu verhindern, die für die menschliche Ernährung gebraucht werden.

Konsumenten haben unter leidenden Stellen in ganz unterschiedlicher Weise gezeichnet, wie die Fleischpreise viel mehr geliegen, und als die pflanzlichen Erzeugnisse. Man hat zwar Verflüssigungsverbote für Getreide und Kartoffeln erlassen, aber bei den hohen Fleischpreisen befand derjenige geradezu eine Prämie, der diese Verbote überschritt.

Einen finanziellen Nutzen wird die Bevölkerung von der neuen Festlegung der Preise nicht haben, im besten Falle wird die Erhöhung von Brot und Kartoffeln durch die Herabsetzung der Fleischpreise aufgewogen werden. Deshalb können die Waffen des Verbraucher durch die jetzt geplante Reform auch nicht befriedigt werden. Es wäre mährlich an der Zeit, dass man den jüngst leidenden Massen Kleidung verschaffte, indem man die Kleidungspreise gründlich herabsetzte, oder gleichzeitig die Preise für Getreide und Kartoffeln zu erhöhen.

Ob jetzt Reformen der Preise noch einen genügenden Nutzen bringen würden, bleibt abzuwarten, auch kann und ist gelöst werden, ob auch wirklich das richtige Verhältnis zwischen den Fleischpreisen auf der einen Seite und den Preisen für pflanzliche Nahrungsmittel auf der anderen Seite gefunden werden ist.

Auch falls genügt die Preisreform nicht zur Sicherung der Volksernährung. Auch die neuen Preisfestlegungen werden nicht verhindern können, dass eine Verhältnismäßigkeit zwischen den Fleischpreisen und den anderen Lebensmittelpreisen besteht, so wie eine Preisfestlegung nicht in der Erhöhung der Getreidepreise, Kartoffeln und Butterkreise gesucht werden muss, sondern in einer entsprechenden höheren Preisregulation der Preise für Butterkreise, Rohrrüben, Rüttelrüben, Brot- und Milchwarenknüppel.

Vor allem widerraten wir auf das dringendste jeder weiteren Prüfung der

Preise für Wintergetreide.

Da kommt die Preisabschaffung von 1 Mrd. im Herbst 1916 wurde der Verzweigung der Arbeiter verboten worden. Die Erwartung, dass der höhere Preis die Winterverzweigung mit Kartoffeln erschließen werde, ist nicht erfüllt worden. Es bleibt nur übrig, die benötigten Kartoffelmengen den Erzeugern zwangsläufig durch Beleidigung zu entziehen und alle Maßnahmen dafür zu treffen, dass die Kartoffeln den Erzeugern reduziert abgenommen werden.

Einheitlichkeit der Preisabschaffung der

Getreidepreise

ist zu unserer Kenntnis gelungen, dass die Abfertigung einen Abgleich zwischen Brot und Butterkreise durch Erhöhung des Getreidepreises um 40 bis 50 M. pro Tonne herbeiführen. Doch wege des butterknüppelwunden Volks abermals den Interessen der Getreideerzeuger opfer. Eine solche Maßnahme würde einmütigste Erwiderung begegnen.

Armeen halten die unterzeichneten Verbände eine erhebliche Herausforderung der

Preise für Schlachtvieh und Fleisch

unter allen Umständen im mehreren

Einheitsrat der

Rücksichtnahme

ist eine Erhöhung der Preise zu vermeiden und eine Höchstbeschränkung ähnlicher Erzeuger- und Fleischmarktpreisen festzulegen.

Den Forderungen der Landwirtschaft nach Arbeitskräften, Zugtieren, Futtermitteln und Düngemitteln stimmen die unterzeichneten Organisationen zu unter der Voraussetzung, dass die Landwirtheit sich nicht weigert, den Arbeitskräften, ohne Unterschied, ob es sich um Deutschtüte, Gefangene, Ausländer und Kolonialarbeiter handelt, einen Lohn zu zahlen, der unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Erwerbsverhältnisse als angemessen zu erachten ist.

In der Frage, wie die Erzeugung von Lebensmitteln auf das zweckmäßige zu fördern sei, erkennen auch die Unterzeichneten in Zwangsmaßregeln keineswegs die geeignete Lösung.

Wohl aber halten sie eine Organisation für möglich und durchführbar, die auf Grund der leidbaren Erfahrungen und im Einvernehmen mit den Vertretern der deutschen Landwirtschaft die Ausbaustufen für die einzelnen Bodenprodukte nach Bundesstaaten, Provinzen und Kreisen aufstellt und die Durchführung der getroffenen Vereinbarungen und Ausschließungen durch das Kriegsamt und die Wirtschaftskämmer überwachen lässt.

Den Selbstbewirtschaftern darf keinesfalls ein erheblich höheres Quantum an Lebensmitteln zum Selbstverbrauch belassen werden, als den übrigen Verbrauchern.

Die Zentralgewalt muß auf das Reich übertragen werden, während die Erhaltung eines

deutschen Staatskommisariats

für Volksernährung von der Abfertigung geliehen wird, den Reichsbüroden keine Wahlstühle auf die unteren Organe der Staatsverwaltung einzurücken. Es bedarf nur der Erörterung, dass jeder deutsche Bundesstaat sich gleichfalls durch eine Sonderorganisation von der reichseinheitlichen Regierung der Kriegsernährung abschließe, um zu erkennen, dass ein solcher Zustand mit dem Wohle des Volkes vereinbar ist.

Am Schluss der Eingabe wird auf die Organisation zur Erhöhung der Nahrungsmittelvorräte in den preußischen Landkreisen eingegangen und erneut die Forderung aufgestellt, dem Kriegsamt die Befugnis zu verleihen, an den Betriebsleuten des Kriegsernährungsamts mitzuwirken, die Durchführung der Verordnungen des Reichsministers zu überwachen und die für die Versorgung der Zivilbevölkerung und des Heeres benötigten Lebensmittel zu beschlagnahmen, zu enteignen und an der Verteilung der selben mitzuwirken.

Die Reform der Nahrungsmittelpreise.

Wie aus untenstehendem Bericht über die letzte Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages hervorgeht, hat sich die Regierung nun endlich entschlossen, ein besseres Verhältnis zwischen den Nahrungsmittelpreisen herzustellen. Die Fleischpreise sollen, wie das in der bekannten Eingabe der Professoren der landwirtschaftlichen Betriebsleute gefordert wurde, herabgesetzt, die Preise für pflanzliche Nahrungsmittel, wie für Getreide und Kartoffeln, heraufgesetzt werden. Doch man das bisherige Verhältnis zwischen Fleischpreisen und Preisen für pflanzliche Produkte bisher gebildet hat, grenzt geradezu an Wahnsinn, und die traurige Lage auf dem Gebiete der Kriegsernährung ist zum Teil eine Folge der Unterlassungsfürsten, die unsere Regierung hier begangen hat.

Während der Kriegszeit ist dann immer wieder von Vertretern der Konsumenten gefordert worden, dass wirksame Maßnahmen von der Regierung ergriffen würden, um die Bevölkerung von Nahrungsmitteln zu verhindern, die für die menschliche Ernährung gebraucht werden.

Konsumenten haben unter leidenden Stellen in ganz unterschiedlicher Weise gezeichnet, wie die Fleischpreise viel mehr geliegen, und als die pflanzlichen Erzeugnisse. Man hat zwar Verflüssigungsverbote für Getreide und Kartoffeln erlassen, aber bei den hohen Fleischpreisen befand derjenige geradezu eine Prämie, der diese Verbote überschritt.

Einen finanziellen Nutzen wird die Bevölkerung von der neuen Festlegung der Preise nicht haben, im besten Falle wird die Erhöhung von Brot und Kartoffeln durch die Herabsetzung der Fleischpreise aufgewogen werden. Deshalb können die Waffen des Verbraucher durch die jetzt geplante Reform auch nicht befriedigt werden. Es wäre mährlich an der Zeit, dass man den jüngst leidenden Massen Kleidung verschaffte, indem man die Kleidungspreise gründlich herabsetzte, oder gleichzeitig die Preise für Getreide und Kartoffeln zu erhöhen.

Ob jetzt Reformen der Preise noch einen genügenden Nutzen bringen würden, bleibt abzuwarten, auch kann und ist gelöst werden, ob auch wirklich das richtige Verhältnis zwischen den Fleischpreisen und den anderen Lebensmittelpreisen besteht, so wie eine Preisfestlegung nicht in der Erhöhung der Getreidepreise, Kartoffeln und Butterkreise gesucht werden muss, sondern in einer entsprechenden höheren Preisregulation der Preise für Butterkreise, Rohrrüben, Rüttelrüben, Brot- und Milchwarenknüppel.

Vor allem widerraten wir auf das dringendste jeder weiteren Prüfung der

Preise für Wintergetreide.

Da kommt die Preisabschaffung von 1 Mrd. im Herbst 1916 wurde der Verzweigung der Arbeiter verboten worden. Die Erwartung, dass der höhere Preis die Winterverzweigung mit Kartoffeln erschließen werde, ist nicht erfüllt worden. Es bleibt nur übrig, die benötigten Kartoffelmengen den Erzeugern zwangsläufig durch Beleidigung zu entziehen und alle Maßnahmen dafür zu treffen, dass die Kartoffeln den Erzeugern reduziert abgenommen werden.

Einheitlichkeit der Preisabschaffung der

Getreidepreise

ist zu unserer Kenntnis gelungen, dass die Abfertigung einen Abgleich zwischen Brot und Butterkreise durch Erhöhung des Getreidepreises um 40 bis 50 M. pro Tonne herbeiführen. Doch wege des butterknüppelwunden Volks abermals den Interessen der Getreideerzeuger opfer. Eine solche Maßnahme würde einmütigste Erwiderung begegnen.

Armeen halten die unterzeichneten Verbände eine erhebliche Herausforderung der

Preise für Schlachtvieh und Fleisch

unter allen Umständen im mehreren

Einheitsrat der

Rücksichtnahme

ist eine Erhöhung der Preise zu vermeiden und eine Höchstbeschränkung ähnlicher Erzeuger- und Fleischmarktpreisen festzulegen.

Den Forderungen der Landwirtschaft nach Arbeitskräften, Zugtieren, Futtermitteln und Düngemitteln stimmen die unterzeichneten Organisationen zu unter der Voraussetzung, dass die Landwirtheit sich nicht weigert, den Arbeitskräften, ohne Unterschied, ob es sich um Deutschtüte, Gefangene, Ausländer und Kolonialarbeiter handelt, einen Lohn zu zahlen, der unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Erwerbsverhältnisse als angemessen zu erachten ist.

In der Frage, wie die Erzeugung von Lebensmitteln auf das zweckmäßige zu fördern sei, erkennen auch die Unterzeichneten in Zwangsmaßregeln keineswegs die geeignete Lösung.

Wohl aber halten sie eine Organisation für möglich und durchführbar, die auf Grund der leidbaren Erfahrungen und im Einvernehmen mit den Vertretern der deutschen Landwirtschaft die Ausbaustufen für die einzelnen Bodenprodukte nach Bundesstaaten, Provinzen und Kreisen aufstellt und die Durchführung der getroffenen Vereinbarungen und Ausschließungen durch das Kriegsamt und die Wirtschaftskämmer überwachen lässt.

Den Selbstbewirtschaftern darf keinesfalls ein erheblich höheres Quantum an Lebensmitteln zum Selbstverbrauch belassen werden, als den übrigen Verbrauchern.

Die Zuschläge zur Kriegswinnsteuer.

Ter Hauptanspruch des Reichstags sieht am Anfang die allgemeine Aufhebung der Steuerverlagerung vor. Das Zentrum beantragt, den Aufschlag von 20 Proz. zur Kriegswinnsteuer nicht zu erheben, wenn der Steuerpflichtige fünf Kinder hat. Bei vier Kindern sollen nur 15 Proz. aufgeschlagen werden, bei drei Kindern 10 Proz., bei zwei Kindern 5 Proz. und bei einem Kind 2 Proz. Der Aufschlag soll nicht übersteigen, sofern der Vermögensanwand 100 000 M. nicht übersteigt.

Der Staatssekretär des Reichsfinanzamtes gab zu, dass infolge der Abschaffung einige Härten bei der Steuerpflichter bestehen. Hinzu kommt die Wohlhabende wiederum die Staatssekretär die Tasse, da die Einzelstaaten in großer Weise die neuen Kosten tragen werden, fügt jedoch hinzu, dass die einzelnen staatlichen Eisenbahnenverwaltungen einmündig dem Plan der Wohlhabenden zugestimmt hätten. Eine Beleidigung der Wohlhabenden könnte er zulassen, nur ist eine allzu hohe Zuschlagsrate zu empfehlen, wie sie vom Deutschen Handelskongress vorgenommen wurde.

Man müsste vielmehr die Beleidigung in Zusammenhang mit der gesamten Finanzsituation noch dem Rechte folgen.

Im Anschluss an die Zuschlagsrate werden die Zuschlagsrate der Steuerpflichtigen berichtet, der sozialdemokratische Anteil und der Aufschlag zur Kriegswinnsteuer angesammelt. Angenommen wurde ferner der Zentralausschuss über die Kinderförderung in einer etwas abgerundeten Form und schließlich die konzentrierte Entlastung, dem Reichstag möglicherweise bald eine Statistik über die verschiedenen Gewerbe- und Berufsgruppen vorlegen, aus der hervorgeht, in welchem Maße nach den Erfahrungen des preußischen Erwerbsvereinsantrags die Verhältnisse durchschnittlich innerhalb von drei Jahren geändert sind.

Die Wohlhabenden werden, als Zeichen der Unterstützung, alle Gewerbe- und Berufe, die nicht mit dem Kriegsamt zusammenhängen, unterlassen.